



HESSISCHER LANDTAG

17.11.2003

*Dem
Haushaltsausschuss
überwiesen*

Änderungsantrag der Fraktion der CDU

zu dem Gesetzentwurf der Landesregierung für ein Gesetz über
die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Hessen für das
Haushaltsjahr 2004 (Haushaltsgesetz 2004)

Drucksache 16/834

- Einzelplan 03 -

Der Landtag wolle beschließen:

Zu Kapitel 03 72

Polizeipräsidium Mittelhessen

Zu Titel 422 01

Bezüge und Nebenleistungen der Beamtinnen
und Beamten
- Laufende Zahlungen -

Der Ansatz von 53.921.300 € wird um
391.200 € auf 53.530.100 € verringert.

Der Stellenplan 2004 wird wie folgt
geändert:

Es werden umgesetzt nach Titel 425 01 und
umgewandelt:

0,5 Planstelle	A 7 Obersekretär/in
37 Planstellen	A 9 Polizei-/Kriminal- kommissar/in
2 Planstellen	A 10 Polizei-/Kriminal- oberkommissar/in
1 Planstelle	A 9 Inspektor/in

Es werden umgesetzt nach Titel 426 01 und
umgewandelt:

2 Planstellen	A 9 Polizei-/Kriminal- kommissar/in
---------------	--

Es werden umgewandelt:

1 Planstelle	A 9 Polizei-/Kriminal- kommissar/in in A 9 Inspektor/in
1 Planstelle	A 10 Polizei-/Kriminal- oberkommissar/in in A 10 Oberinspektor/in
2 Planstellen	A 11 Polizei-/Kriminal- hauptkommissar/in in A 11 Amtfrau/Amtmann
2 Planstellen	A 12 Polizei-/Kriminal- hauptkommissar/in in A 12 Amtsrat/-rätin

Begründung:

Durch Maßnahmen der (Plan-) Stellenbewirtschaftung sind eine Reihe von (Plan-)Stellen zum Teil schon seit über 10 Jahren entgegen der vorgesehenen Laufbahn oder Beschäftigtengruppe besetzt. Um den Grundsätzen einer klaren Haushaltsführung Rechnung zu tragen sind die Stellenpläne und -übersichten an die tatsächliche (Plan-) Stellenbesetzung anzupassen und – soweit die tatsächliche (Plan-)Stellenbesetzung nicht bereits in die im Jahr 1999 erfolgte dezentrale Veranschlagung der Personalausgaben eingeflossen ist – die entsprechenden Mittelumsetzungen vorzunehmen.

Wiesbaden, 14. November 2003

Der Fraktionsvorsitzende:
Dr. Franz Josef Jung (Rheingau)